

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Ein Gesetz für „das Volk der Denker“.

Man weiß wirklich nicht, ob man den preussischen Entwurf eines Sozialistengesetzes, den wir in der letzten Nummer gebracht haben, ernst nehmen soll oder nicht.

In demselben Augenblicke, wo wir die Feder ansetzen, um mit Entrüstung die polizeiliche Willkür zu kennzeichnen, welcher der Gesehtentwurf Thür und Thor öffnet, überkommt uns sofort schon ein Gefühl der Scham über diese Entrüstung einem so überaus traurigen Nachwerk gegenüber, das aber bald wieder einem mitleidigen Lächeln über die Absurdität und die geistige Impotenz, welche die Rätter dieses Entwurfs sind, Platz macht.

Doch alle Empfindungen müssen wir überwinden; es hilft uns eben nichts, die 24 Paragraphen starr und mit dummgelächelten Augen an. Es sei also drum; frisch an die Arbeit, um den Augiasstall zu reinigen.

Für heute aber werden wir uns auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken, um dann in den nächsten Nummern des „Vorwärts“ die einzelnen Paragraphen zu beleuchten und ferner die Urtheile anderer Presseorgane unsern Lesern vorzuführen.

Zunächst tritt uns in dem Gesehtentwurf ein geradezu krückerpreussischer Krautjunker entgegen, der dazu geeignet ist, selbst den vertrauensvollsten Nationalliberalen vor den Kopf zu stoßen. Der Gedanke liegt deshalb äußerst nahe, daß die preussische Regierung gar nicht die Annahme dieses Entwurfs wünscht, daß ihr vielmehr eine Ablehnung ganz geziemend ist, um bei einer nochmaligen Auflösung des Reichstags die Liberalen wiederum an die Wand zu drücken, wiederum zu decimiren, damit die geplanten Steuerreformen, Monopole, Schutzzölle u. die nöthige Unterstützung im Reichstage dann finden werden.

Noch hat Fürst Bismarck keine geschlossene Majorität für seine reaktionären Pläne in wirtschaftlichen Dingen. Dort ist der Liberalismus auch am standhaftesten, weil sein materieller Vortheil bedroht ist. Will Fürst Bismarck also eine Majorität für seine Steuer- und wirtschaftlichen „Reformen“ haben, so muß er sich das Centrum willfährig machen durch Beendigung des Culturkampfes. Aber auch das ist nicht möglich, da die Hälfte der Centrumpartei zu den „Unversöhnlichen“ zählt, die sich durch noch so läche Versprechungen nicht von ihrem Oppositionspunkt abdrängen lassen. Nur ein Theil, vielleicht die Hälfte der Centrumsmitglieder wird sich nach dem Ausgang zu Canossa zu den Fürsten Bismarck's niederlegen. Doch mit 120 Conservativen und circa 50 Clericalen ist noch immer keine Regierungsmajorität geschaffen. Deshalb müssen den Nationalliberalen weitere dreißig Sitze entzogen werden und das läßt sich mit Gottes Hilfe und mit Hilfe des preussischen Landraths und Gensdarmen doch wohl noch bewerkstelligen.

Deshalb nochmalige Auflösung des Reichstags, deshalb eine unannehmbare Sozialistengesetz-Vorlage, um die Auflösung motiviren zu können. Auch die Vorkersche „Autographirte Berliner Correspondenz“ hat Vorabnahmen und spricht von einer nochmaligen Auflösung. Die nationalliberalen Blätter von dem rechten Flügel aber, welche eine sehr gerechtfertigte Furcht vor einer zweiten Auflösung des Reichstags haben, legen sich natürlich schon ganz platt auf den Bauch, bitten Bismarck um Gnade für ihre jüngsten Ungezogenheiten und plaidiren für unbedingte Annahme des preussischen Sozialistengesetzentwurfs.

Nun einige Worte über den Entwurf selbst.

Bereine sollen völlig verboten werden, ebenso Versammlungen, gleichfalls wirtschaftliche Genossenschaften. Druckschriften werden confiscirt, Druckereien geschlossen, Gelder beschlagnahmt; Buchhändler, Leihbibliothekare, Inhaber von Lesecabinetten, Gast- und Schankwirthschaften sollen brotlos gemacht werden. Deutschen Reichsbürgern soll der Aufenthalt in deutschen Landestheilen, selbst in ihrer Heimath verboten — und ganze Landestheile in Belagerungszustand gesetzt werden können.

Das ist die Quintessenz des sogenannten Sozialistengesetzes. Und die Ausführer desselben? Die Polizei, die Polizei und abermals die Polizei! Ein Ausnahmegerichtshof dient zur Ordnung des Gebäudes — ob diese Ordnung im Ernst oder im Scherz gemeint ist, ist nicht zu sehen, da die Funktionen dieses Gerichtshofes allerdings jegliches bürgerliche Recht und jegliche bürgerliche Freiheit vernichtende sind, er aber die taunende und aber tausende Reclamationen, welche wider die Polizeigewalt sicherlich einlaufen würden, nicht einmal registriren, geschweige denn prüfen könnte. Armer Gerichtshof mit dem Namen: „Reichsamt für Vereinswesen und Presse.“

„Jegliches bürgerliche Recht und jegliche bürgerliche Freiheit“ vernichtet das also geplante Sozialistengesetz. Fortschrittliche und liberale, clericale und particalaristische Fortschrittlungen können auf Grund desselben von der übereifrigen Polizei verboten werden; ebenso liberale und clericale Vereine.

Auf die Benennungen: „sozialistisch, sozialdemokratisch und communistic“ kann es doch nicht ankommen; man brauchte da einfach nur einem Verein mit sozialdemokratischen Tendenzen zum Beispiel den Namen zu geben: „Verein zur Herstellung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“; derselbe könnte mit Zug und Recht seinem Namen Ehre machen, indem er sozialdemokratische Bestrebungen förderte. Ebenso ließe sich mit einer Zeitung ein ähnliches Experiment machen.

Legt aber der Entwurf, was ungewiss ist, den Schwerpunkt „auf die auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen“, dann kann jeder oppositionelle Verein, jedes anti-bismarckische Blatt verboten werden.

Zu der bestehenden Staatsordnung gehört zum Beispiel auch die dreijährige Dienstzeit bei der Armee. Wollte hält

dieselbe für so nöthig, daß 50 Jahre lang an derselben nicht gerüttelt werden darf. Das Einjährig-Freiwilligen-System aber ist eine bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Fällt es einem liberalen Blatte nun ein, einjährige Dienstzeit für alle Rekruten zu fordern, so untergräbt es nicht allein eine bestehende Staatseinrichtung, sondern auch eine bestehende Gesellschaftsordnung und wird verboten. Mag das Blatt auch sonst noch so „reichs- und kaisertreu“ sein — thut nichts, „der Jude wird verbrannt!“

Das deutsche Reichseisenbahnprojekt ist ein Vorhaben, welches in geradezu eminenter Weise die bestehenden Staats- und Gesellschaftsrichtungen zu untergraben droht und merkwürdigerweise fördert dasselbe auch sozialistische Bestrebungen — Herr von Bismarck muß deshalb der Aufenthalt in Berlin, Borjün, Schönhausen und Kissingen dauernd unterlagt werden. Die Vernichtung des Privateigentums soll ja eine hervorragende sozialistische Bestrebung sein. Durch Ausübung der Paragraphen des vorliegenden Gesehtentwurfs aber würde eine große Menge von Privateigentum zerstört: nicht nur die sozialistischen Genossenschaften, sondern auch die Privatgläubiger derselben und alle diejenigen Personen, welche ohne Sozialisten zu sein, ihre Sparpfennige in die von dem Gesehtentwurf jetzt bedenklich bedrohten Genossenschaften eingezahlt haben, sollen vernichtet oder geschädigt werden, ihnen soll Privateigentum verloren gehen.

Nach dem Gesehtentwurf müßte demnach gegen die Herren Verfasser desselben selbst in erster Linie vorgegangen werden.

Wir kommen auf diesen Punkt speziell noch zurück.

Eine große Anzahl von Beispielen aber könnten wir weiter anführen, um die geradezu lächerlichen Konsequenzen zu zeigen, welche durch Annahme des beregten Entwurfs sich finden würden.

Bedroht aber ist nicht nur die Sozialdemokratie, sondern jede andere nur halbwegs freisinnige Partei. Bedroht ist ferner das Recht und das Rechtsbewußtsein im Volke, bedroht ist das letzte Fünkchen von Freiheit, welches noch in deutschen Landen glimmt.

Aber noch mehr! Bedroht ist unser Vaterland, das schon so sehr durch die rasch hintereinanderfolgenden Kriege erschöpft ist, das aus tausend wirtschaftlichen Wunden blutet, durch einen Bürgerkrieg, der, wenn er auch nicht in heißen Flammen auflodert, doch unter der Hand, im Geheimen geführt werden wird.

Denn wo man Haß und Zwietracht säet, da wird man auch Haß und Zwietracht ernten.

Ein Halbdiot, der sein Idiotenthum mit dem Tode hat büßen müssen, ist die äußere Veranlassung zu diesem, dem „Volk der Denker“ gebotenen Gesehtentwurf gewesen; wird durch den deutschen Reichstag dieser Entwurf zum Gesetz erhoben, so wird der Blödsinn seine Triumphe feiern und das „Volk der Denker“ umgetauft werden müssen in: „Das Volk der Idioten“.

Aus Berlin.

— 16. August.

Das war eine Wahlschlacht, wie Deutschland wohl noch keine gesehen. Wem gehört Berlin? Den Fortschrittsstreben oder den Männern der Zukunft, der Reform? Von beiden Seiten wurden die äußersten Anstrengungen gemacht, denn diesmal galt es. Jetzt verloren hieß für immer Berlin verloren. Ein „ehrlisches Geseht“ war es nicht. Wir waren geknebelt, unsere Hauptwaffe: das Versammlungsrecht, zerbrochen. Nichts als unser gutes Recht und der feste Wille, zu siegen. Die „reaktionäre Masse“ vollgerüstet, im Besitz aller Mittel und Vortheile, die man uns schände geraubt. Und doch: das gute Recht und der feste Wille sie haben gesiegt. In Zehntausenden zogen die Wähler in den Kampf; über zweihunderttausend Männer gaben ihr Verdikt ab für Freiheit, den Sozialismus und den wahren Fortschritt. Die Kämpen des falschen Fortschritts und der politischen Heuchelei blieben mit 2000 Stimmen in der Minorität.

Der Jubel unter den Unserigen! Bis zur letzten Minute hatte das Resultat geschwankt; um so größer die Freude, als es bekannt wurde. Nehliches haben wir nur bei der Wahl Hofenclevers am 14. Juni des vorigen Jahres erlebt — damals wie gestern war es ein Ringen, nicht zwischen zwei Parteien, sondern zwischen zwei ganzen Parteien; damals wie gestern handelte es sich um Berlin; damals wie gestern hatten wir den Gegner, der all' seine Machtmittel rücksichtslos ausnützte, ehrlich zu Boden geworfen. Aber damals waren wir nicht geknebelt, nicht thatsächlich außerhalb des Gesetzes erklärt. Sonst hätte es überhaupt eines zweiten Kampfes nicht bedurft; der Fortschrittspartei wäre es nicht unter dem Schutze der Reaktion gelungen, sich wieder in Positionen einzuschleichen, aus denen wir sie vertrieben. Ihr die erschlachtenen Vorbeeren des 30. Juli von den Schläfen zu reißen — das war die Aufgabe, das war der Gewinn des glücklichen 15. August. Berlin ist unser! Zum zweitenmale haben wir unsere Standarte auf die Wälle der „neuen Kaiserstadt“ gepflanzt; die fortschrittlichen Krebstreiter werden uns nicht mehr gefährlich werden, und auch nicht die rückschrittlichen Krebstreiter mit ihrem famosen Ausnahmengesetz. Das Ausnahmengesetz ist also da. Bismarck's eigenes Werk. Die reaktionärsten Hinauschwüngen der bisherigen Reaktionsideale: der Rautenkübel und Consorten, 1850er Angehörigen, sind demokratische Kegereien verglichen mit diesem genialen Produkt des ehemaligen Deichhauptmanns, jegigen Reichskanzlers Bismarck, den unsere Nationalliberalen seit 1866 zur Erbauung des Publikums und zur Förderung des Bürgergeschäfts mit einer liberalen Masse versehen haben. Die Wölke liegt zertrümmert am Boden, und der ehemalige Deichhauptmann, welcher 1848 „das Narrenschiff der Zeit“ am „rocher de bronze“, dem Fels des Königthums von Gottesgnaden wollte

zerfellen lassen, sitzt lustig im Fahrzeug der Reaktion und fährt lustig auf die „Galeere der Revolution“ los, der er sein Ausnahmengesetz als tödlichen „Sporn“ in die Rippen stoßen will, um sie à la „Großer Kurfürst“ zu versenken. Von dem „rocher de bronze“ und dem „Gottesgnadenthum“ spricht unser pommerischer Junker aber nicht viel mehr — er erinnert sich wohl eines gewissen Jemand, der 1866 ein großes Loch in das Gottesgnadenthum gemacht und den famosen „rocher de bronze“ den Broncefelsen, arg zerflossen, wo nicht gesprengt hat.

Das Ausnahmengesetz — ein Stückchen Papier! Bardieu! Donquixote, „auch“ ein Junker, hatte wenigstens eine Lanze von Holz mit guter eiserner Spitze und doch ging es ihm schlecht bei seinem Angriff auf den Windmühlensügel.

Welches Schiff das andere in den Grund bohren wird, wir wissen es, und der „Kranke Mann“ von Kissingen ahnt es, trotz seiner neuangelegten 12 Pfund Fleisch. Er ahnt es — oder blüht nicht aus jeder Seite des Ausnahmengesetzes die Verzweiflung hervor? Ist das monströse Gesetz und Gesehtesmonstrum nicht das flagranteste Armuthzeugniß, welches das „persönliche Regiment“ sich jemals ausgestellt hat — so recht eine geistige Bankrouterklärung in optima forma. „Wir können den Gegner nicht widerlegen, ihm nicht mit Vernunftgründen den Sarau machen — wir wollen ihn todtschlagen.“ Das Hirn langt nicht — der Säbel muß ansheßen. Bravo! Alles schon dagewesen, sagt Ben Akiba. Schon hundertmal, schon tausendmal ist's probirt worden, und stets mit dem gleichen Erfolg. Die bösen Windmühlensügel und der arme Donquixote! Und der arme Donquixote ist relativ noch gut weggekommen, vermuthlich weil er so gutmüthig war und — nicht gelebt hat. Den lebenden Donquixote's ist's meist schlechter ergangen, namentlich wenn ihnen Blut an den Fingern klebte. Blut! Es riecht heute in Berlin nach Blut. Dem Halbdioten Behmann-Höbel haben sie heute Morgen in der Früh den Kopf abgehakt. Als sie ihn unter den Lidern ergriffen, da lächelte er blödsinnig; als sie ihn zum Tode verurtheilten, da lächelte er blödsinnig; als sie ihm gestern Abend die Hinrichtung ankündigten, da lächelte er blödsinnig; und als er vorhin vom Henker an den Wock geschwallt wurde, da lächelte er wiederum blödsinnig. Und der Mensch, dieses Halbthier, im Namen der Gerechtigkeit getödtet, statt im Namen der Menschlichkeit und der Wissenschaft einer Heilanstalt für Idioten überliefert zu werden! Und das hundert Jahre nach dem Tode Beccari's. Doch wozu uns wundern. Leben wir nicht unter der Herrschaft des Blutes und Eisenstems? Und gehört zum Blut- und Eisenstems, außer der Guffstahlanone und dem Mauergewehr nicht folgerichtig auch das — Nichtheil? Man muß nur logisch sein.

Glückliches Deutschland! Wir haben es herrlich weit gebracht. Um so heller strahlt aus der Nacht heraus der gefrigitte Sieg der Berliner Sozialdemokratie! An dem Fels der Sozialdemokratie wird das „Narrenschiff der Zeit“ scheitern. Wer drin sitzt, wird Fürst Bismarck uns jagen können.

Zur Volksvertretung.

Von H. M.

Auf den von Herrn Douai angeregten Gegenstand eingehend, präzisire ich meine Stellung zunächst dahin, daß ich eine Diskussion über derartige Fragen für verfräht halte, und daß es noch weniger meiner Ansicht entspricht, wenn solche Abhandlungen im „Vorwärts“ durchgeführt werden. Ich bin gewiß der Ueberzeugung, daß es gut ist, wenn jeder von uns sich den „Zukunftstaat“ so eingehend wie möglich vorzustellen sucht; das Selbstdenken wird hierdurch angeregt und macht den Menschen mehr und mehr unabhängig; keineswegs aber findet eine breite, sich bis in Details erstreckende Diskussion meine Zustimmung über Fragen, die ganz und gar an die Partikularitäten der Geschichtsperiode gebunden sind, die sie hervorbringt. Wir sollen schon reden über Einrichtungen im Staate, und der Staat selbst muß noch errungen werden. Noch der größte Theil des Proletariats steht außerhalb unserer Bewegung, ja uns feindlich gegenüber. Diese Massen für uns zu gewinnen, das muß das Ziel sein, das all' unsere Aufmerksamkeit und all' unsere Anstrengungen absorbiert.

Der „Vorwärts“ ist zunächst Agitationsblatt, freilich nicht in dem Sinne wie die Lokalblätter, deren einzige Aufgabe es sein muß, sich ganz und gar dem Praktischen hinzugeben, und zwar speziell in ihren engeren Kreisen, sondern so, daß im „Vorwärts“ die ganze sozialistische Bewegung, zunächst Deutschlands, dann aber auch der anderen Länder dem Leser vorgeführt werden soll. Die wissenschaftliche Seite soll nur soweit in Betracht kommen, als sie eben vom Praktischen nicht zu trennen ist. Rein wissenschaftliche Aufsätze und Diskussionen sollten in den eigens hierzu geschaffenen Journalen durchgeführt werden; dort mal eine Besprechung über Fragen wie „Volksvertretung“ einzuleiten, mag statthaft sein. Doch auch da halte ich dieselben von nicht sehr großem Werthe; jede Geschichtsperiode hat so hervortretende Eigenthümlichkeiten, daß wir selbst aus der Vergangenheit, die uns doch eine genaue Vergleichung mit der Gegenwart gestattet, nicht allzuviel erfahren können; mit wieviel weniger Recht können wir daher über Einrichtungen einer Zeit sprechen, die noch werden soll und deren Partikularitäten wir noch nicht kennen.

Die Anfänge des Sozialismus haben uns gezeigt, bis zu welchen Phantasien man sich verfeigen kann, wenn man sich eine Welt im Irthum ausmalt und sie so fix und fertig zu Papier bringt. Die Begeisterung, diese stärkste Waffe des Sozialismus, verleiht sich auch am leichtesten zu Phantasiegebilden, wenn sie den Boden der Gegenwart und Wirklichkeit verläßt.

Nach langen Kämpfen und vielen Anstrengungen hat unsere Partei diesen Boden gewonnen, und auf ihm weiter zu arbeiten und Schritt für Schritt den Feind zurückzudrängen, das ist unsere nächste Aufgabe.

Während wir noch den Kampf um's Dasein führen, dürfen wir noch nicht daran denken, wie wir uns mal das Heim gemütlich einrichten wollen; das zerstreut unsere Gedanken, zerflittert unsere Kraft, wir stehen dem Feinde schwächer gegenüber, wie wir in Wirklichkeit sind, und desto später kommen wir zum Ziele.

Ich weiß nun recht wohl, daß Herr Douai die Frage nur vom Standpunkte des allgemeinen Interesses hat berühren wollen, aber da meine ich denn, daß, wenn einmal die Sprache darauf gebracht werden soll, die Diskussion nicht bis in die, zu aller-nächst die praktische Seite des Sozialismus vorstellenden Partei-blätter hinüber geleitet werden darf. Wenn wir mal auf dem Punkte sein werden, die inneren Einrichtungen des sozialistischen Staates zu treffen, dann wird uns die Art und Weise der Verwaltung die allerwenigsten Schwierigkeiten machen, die Spezial-Einrichtungen werden durch die zu Grunde liegenden, von den heutigen verschiedenen, wirtschaftlichen Verhältnisse gegeben sein.

Nun will ich noch mit wenigen Worten auf die Volksvertretungs-Frage eingehen. Wenn ich Herrn Douai richtig verstanden habe, spricht er von einem „Parlamente der Menschen-rechte“ und einem „Parlamente der Gewerkschaften“. Diesem letzteren wären die einzelnen Gewerkschaften, die durch Ausschüsse verwaltet wären, untergeordnet. Ich meinerseits halte das „Parlament der Gewerkschaften“ für ganz überflüssig; die einzelnen Gewerkschaften können sich in und mit den Kommunen recht gut selbst verwalten, der keinesfalls fördernd wirkende Organismus eines speziellen Gewerkschaftsparlaments, meine ich, sei da recht gut zu entbehren. Ueber den einzelnen Gewerkschaften und Kommunen steht dann als einigendes Band der Staat, wo in dem einzigen Parlamente alle Fragen, die die Allgemeinheit angehen, besprochen werden.

Man darf dabei nicht außer Acht lassen, daß in einem sozialistischen Staate das öffentliche Leben einen ganz anderen Charakter haben würde, wie der heutige. Krämern- und Zin-teressen-Politik, orientalische Fragen, elias-lothringische Fragen und sogenannte „Realpolitik“ werden unbekannte Sachen sein; der sozialistische Staat erst könnte volkswirtschaftlich begründete Gesichtspunkte und Menschheitsinteressen zur Richtschnur seiner Politik machen. Ferner auch fallen die kleinen Parteikämpfe, die unser heutiges parlamentarisches Leben zu zwei Dritttheilen ausfüllen, ganz aus. Wenn die Gesellschaftsklassen aufgehört haben zu existieren, können auch parlamentarische Fraktionen, wie wir sie heute haben, keinen Raum mehr gewinnen, nur Meinungsverschiedenheiten werden statthaben.

Deute aber ist ein gutes Agitationsflugblatt mehr werth, wie eine lange Diskussion über eine Volksvertretung im kommenden sozialistischen Staate.

Engere Wahlen.

15. sächsischer Wahlkreis (Frankenberg-Mittweida): Wahl-leich 8494, Genzel (national.) 7013.

20. sächsischer Wahlkreis (Schöppan): Wiemer 7070, v. Ran-goldt (conf.) 6145.

Der Wahlkampf ist nun zu Ende. Von unserer Partei sind gewählt: Bebel, Brade, Freyhe, Hasselmann, Kayser, Lieblnach, Reinders, Wahlreich, Wiemer.

Sozialpolitische Uebersicht.

Durch eine fortwährende Aufregung will man das Volk zur Reaktion reiß machen. Seit dem Jahre 1843 wird Berlin nämlich in diesem Jahre das erste Mal während der Manöver nicht ohne Besatzung bleiben. Eine ganze Division bleibt zurück, um für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, welche natürlich nicht gestört werden. Auch ist die Polizeimannschaft von Berlin wiederum um 200 Mann vermehrt worden. — Ging's nach den Wünschen gewisser Leute, so hätten wir morgen schon in Deutschland die blutige, bald unterdrückte Revolution; das Volk aber thut diesen „Helben“ den Befallen nicht. Es ist aber leider schlimm, daß die durch den „Liberalismus“ zur Feig-heit erzogenen Philister auf den reaktionären Leim gehen und die militärischen und polizeilichen „Vorrichtungsmaßregeln“ ernst nehmen und in ihrer Angst die letzten Volksfreiheiten preis-geben.

Der deutsche Parlamentarismus*).

(Eine anatomische Studie.)

„Die Dinge so betrachten, hieße sie allzu genau betrachten“, meint der philisterhaft-bedachtige Vertraute des genial-abschwei-fenden Dänenprinzen, als dieser auf dem Kirchhofe Alexander's Asche bis zu dem Momente verfolgt, wo sie ihre „schöne Be-stimmung“ als Spund eines Bierfassens erfüllt. Siebt es wirk-lich eine Art, Das, was um uns vorgeht, allzu scharf aufzu-fassen? Mag dies dahin gestellt bleiben. Thatsache ist, daß im Allgemeinen viel mehr und viel einschneidender nach anderer Richtung gesundigt wird. Wir, die Kinder des Jahrhunderts, welches Steppis auf allen Gebieten zu seiner wesentlichen Signatur gemacht hat, wir, die wir uns viel damit wissen, so wenig wie möglich auf das Zeugnis Anderer für wahr zu halten, d. h. zu glauben, wir nehmen im Drängen und Wirren des Tages-lebens ohne Untersuchung den ärgsten Trug als feststehendes Dogma hin, lassen uns von der äußerlichsten Conventio selbst da täuschen, wo dem Fortschritt zu wehren nur geringe Anstrengung kostete. Ramentlich ist dies der Fall bei Beurtheilung unserer öffentlichen Institutionen. Nicht was sie wirklich sind, sondern was sie sein sollten, nicht was sie leisten, sondern was sie zu leisten behaupten, ist für die Anschauungen weitester Kreise maß-gehend.

Eine treffliche Illustration für diese Behauptung bieten die gang und geden Ansichten über den modernen deutschen Parla-mentarismus, den Parlamentarismus des neuen Reiches. Auf ihn lenken die bevorstehenden Wahlen alle Blicke; scharfer denn je ist die Aufmerksamkeit einer Einrichtung zugewendet, welche für unser Gesamt Vaterland das Produkt eines langen und com-plicirten geschichtlichen Processes ist. Wenn gerade in diesen Blättern der Versuch gemacht werden soll, einen von jedem Parteistandpunkte absehbenden Beitrag zu der Naturgeschichte des modernen deutschen Volksvertretenthums zu geben, so hat dies einen doppelten Grund. Einmal widmen sie allen hervorragenden geistigen Tagesinteressen rege Theilnahme, dürfen also die gegenwärtige Bewegung gewiß nicht unberührt vorüber gehen lassen, dann aber sind gewisse Dinge überhaupt in eigentlich

— Zum Soldatenleben im Frieden. Das Hauptorgan des pfälzischen Nationalliberalismus läßt sich aus Straß-burg schreiben:

„In voriger Woche besand sich der Großherzog von Baden in seiner Eigenschaft als General-Inspektor der 5. Armeedivision in der Pfalz, um sich von dem Zustande der in Masse am Typhus erkrankten Mannschaften des badischen Pionierbataillons Nr. 14, sowie von der Einsparung desselben zu überzeugen. Der Befund des Abtheilungskommandeurs bezeichnete als Ursache der Krankheit das durch Latrine inficirte Brunnenwasser — die Frau des Fortifikationssekretärs, welche aus dem betreffenden Brunnen geschöpft, liegt auch am Typhus darnieder — und die Feuchtigkeith der Kaserne. Das angeblich inficirte Brunnenwasser wurde jedoch in größerem Quantum zu Berlin analysirt und völlig frei von schädlichen Stoffen gefunden; die Kaserne ist auch durchaus nicht feucht, ferner haben nur die drei ersten Com-pagnien einen höheren Krankenstand, während derselbe bei der vierten, der Mineurcompagnie, ganz normal ist. Ueber die wirk-liche Ursache der Erkrankungen giebt unseres Erachtens das Dienstbefehluch den richtigen Aufschluß: Tagtäglich von Morgens 5 bis Abends 8 Uhr Dienst im Brückenbau und Schiffahren, dabei allzu große Anstrengung, immerwährendes Schweißen ohne richtigen Ersatz des verdunsteten Wassers, Trinken von Rheinwasser und Baden bei 13 Grad R. — das mußte, besonders bei reiz-baren und schwächlichen Leuten, nothwendig Nervenabschwächung erzeugen. Der neueste Befehl bestimmt nun: „nicht mehr als fünfstündiger und nicht zu anstrengender Dienst“. Man hört aber, daß dem entgegen in Wirklichkeit die Leute bereits wieder acht Stunden beschäftigt werden. Wir erlauben uns daraus aufmerksam zu machen, damit, wenn es sich wirklich so verhalten sollte, höheren Orts Abhilfe geschafft werde.“ (!)

Daß „höheren Orts“ Abhilfe geschafft wird, daran wagen wir nicht zu zweifeln, statemal man dortselbst ja für Militaria stets Zeit und Geld übrig hat. Daß der von dem „liberalen“ Blatt gerügte Uebelstand als Skandalös bezeichnet werden muß, darüber dürfte wohl auch kein Zweifel sein. Wir möchten hierbei nur daran erinnern, daß der weitans größte Theil des deut-schen Arbeiterstandes unter eben demselben Uebelstand zu leiden hat, daß ihm noch nicht einmal der zehnjährige Normalarbeitstag gegönnt worden ist. Wie wäre es, wenn der „Pfälzische Kurier“ auch hierauf aufmerksam machen wollte, „damit, wenn es sich wirklich so verhalten sollte, höheren Orts Abhilfe geschafft werde“! — Uebrigens scheint das genannte Blatt manchmal sozialistische Anfälle zu bekommen. Wie können wir es uns sonst erklären, wenn es bei einer Besprechung des Wilhelm-spendenzunders zu einer abgedruckten Mittheilung der „Vossischen Zeitung“ bei dem Satz:

„Die Dotirung der Versicherungskasse soll nicht durch Zwangs-versicherung geschehen, sondern es soll durch Reichsgelege fest-gesetzt werden, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, a conto jedes Arbeiters, der sich ihm als Mitglied einer solchen Versicherungs-kasse legitimirt, außer dem täglich in beliebiger Weise normirten Lohn (aha!) noch einen bestimmten progressiven Zuschlag des gezahlten Lohnes (gleichsam eine Steuer auf den dabei erzielten Unternehmergewinn) als Prämie an jene Kassen zu zahlen“, die kritische Bemerkung zum Besten giebt:

„Da wird eben der Lohn um so niedriger verein-bart werden.“

Für diese wenigen vernünftigen Worte wollen wir dem „Pfälzischen Kurier“ viele seiner Lebenswürdigkeiten beim „rothen Kulturkampf“ vergeihen.

— „Einer unerhörten Vereinigung partikularistischer, clerikaler und sozialdemokratischer Gegner ist Herr v. Stauffenberg in Ränchen unterlegen“, so schreibt Herr v. Bennigsen in einem Briefe an die Wähler im dritten braunschweigischen Wahlkreise, denen er den Herrn v. Stauffenberg zur Wahl empfiehlt. — Wir fragen: „unerhört“? — und antworten: „Nicht die Ver-einigung war unerhört, sondern das Betragen des „liberalen“ Herrn v. Stauffenberg, welcher, auf die gleiche Stufe mit den Berliner Reportern Bennemann und Wagner sich stellend, die Sozialdemokraten für die Attentate verantwortlich machte und eine völlig schwankende Stellung zu den Ausnahmegegesen ein-nahm. Es wäre deshalb „unerhört“ gewesen, wenn ein frei-sinniger Mann den „liberalen“ Freiherrn gewählt hätte.“

— Wahlbeeinflussungen. Die „Magdeburgische Zig.“ veröffentlicht schöne Geschichten über die zu Gunsten des Amts-

rath Dieze — dessen Ausbleiben aus dem Reichstag Fürst Bismard als „Kalamität“ bezeichnet hat — grüßten Wahl-beeinflussungen. Aus Quedlinburg berichtet das genannte Blatt: „Am 14. d. M. sollen bei einer hiesigen Behörde, derjenigen, die am ehesten Recht von Unrecht unterscheiden sollte, sämtliche Subaltern- und Unterbeamte durch ihren Chef auf die Wahl Dieze's schriftlich verpflichtet worden sein, was man auf höhere Weisungen zurückführt.“ Von „höheren Weisungen“ zeugt auch die nachfolgende Bekanntmachung des „Quedlinburger Kreisblattes“:

Quedlinburg, den 10. August 1878.

Der Herr Reichskanzler Fürst Bismard hat mich durch Telegramm vom heutigen Tage zu der öffentlichen Erklärung ermächtigt, daß er es beklagen würde, wenn der Amtsrath Dieze zu Warby nicht wieder in den Reichstag gewählt werden sollte.

Stielow, Landrath.

Dies ist derselbe Landrath Stielow, der im vergangenen Winter die bekannten kurlösen Verfügungen gegen die „Bettler und Vagabunden“ erließ. Daß Herr von Bismard ein so intimer Freund dieses Herrn ist, daß er demselben telegraphische Weisung zu den Wahlen giebt, ist allerdings nicht auffallend.

— Am Attentatsdelirium leidet am nachhaltigsten die „Kölnische Zeitung“. Sie stellt in einem Artikel „Babstündnisse“ folgenden Satz auf: „Keine Gemeinschaft mit den Männern des Umsturzes: Schon die leiseste Berührung mit sozialdemokratischen Comités schändet in unseren Augen einen wahrhaft national-gefinnten deutschen Mann!“ — Daß die „Kölnische Zeitung“ vor Kurzem selbst schrieb, daß Bismard mit Lassalle Arm in Arm im Jahre 1863 Unter den Linden gesehen sei, daß also diese „leiseste Berührung“ in ihren Augen selbstredend auch den „wahrhaft nationalgefinnten Bismard“ schänden muß, daran scheint das Blatt nicht zu denken. Ferner weiß das Blatt nicht, daß im Jahre 1867 in Eiberfeld-Barmen die sozialdemokratischen Arbeiter für Bismard stimmten. Dann aber haben, wie auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ausrechnet, im 2. meiningischen Wahlkreise circa 4000 sozialdemokratische Arbeiter für Bismard gestimmt. Doch um Allem die Krone aufzusetzen, haben sich in Calbe-Ascherleben, wo eine Nachwahl zwischen dem in-stituten Freunde Bismard's, Amtsrath Dieze auf Warby, und dem fortschrittlichen Kreisrichter Trautmann stattfand, die Con-servativen einiger unsauberen früheren Sozialdemokraten be-dient, um durch Geld und gute Worte sozialdemokratische Stim-men für Dieze zu sammeln. Der diesbezügliche Bericht der „Magdeburgischen Zeitung“ lautet:

„Indem ich über fernere Mittheilungen hinweggehe, theile ich nur noch folgendes, von dem Führer der hiesigen Sozial-demokratie auf Befragen der Versammlung mitgetheiltes Faktum mit, das der Erzähler eidlch zu erheben versprochen: Am Montag kamen zu dem Führer der hiesigen Sozialdemokraten zwei Männer (Strolche nannte er sie) und theilten ihm mit, daß das sozialdemokratische Comité beschloßen habe, Dieze zu wählen bei der Stichwahl. Auf die Entgegnung, Dieze habe nichts für die Partei gethan, er könne also auch nicht von ihr gewählt werden, es sei vielmehr Wahlführung besser, selbst wenn das Comité, was aber noch nicht geglaubt werde, den mitgetheilten Beschluß gefaßt habe, gingen die Männer nicht ein, sondern einer derselben gab dem Erzähler einen Thaler und bat um Auftheilung von Stimmzetteln für Dieze unter die hiesigen So-zialisten. Der Thaler wurde ausgezahlt, aber die Stimmzettel angenommen. Die Beiden wollten am nächsten Tage wiederkommen und entstandene Kosten beden. (Dieselben sollen Jeder 150 Thlr. bei sich gehabt haben.) Die an die Sozialisten vertheilten Zettel wurden von diesen meistens verbrannt oder sonst vernichtet resp. zurückgegeben; trotzdem erriethen die bewußten Juri die Kosten und ließen die Adresse: Maurer Schönian in Calbe a. d. S. zurück für den Fall, daß noch Wahlzettel für Dieze verlangt würden. Einer derselben ist Sozialdemokrat gewesen, ist es aber jetzt nicht mehr, daher behauptet der hiesige Führer be-stimmt, daß das Geld nicht aus der sozialdemokratischen Kasse gekommen sei; woher es eigentlich stamme, wisse er nicht, könne es aber ahnen.“

Die ehrenwerthe „Kölnische Zeitung“ aber fragen wir: „Sind die Männer, welche für den intimen Freund Bismard's, Herrn Amtsrath Dieze, agitiren, wahrhaft national-gefinnte Männer? Und wenn sie dies sind, werden sie also auch, wie die Clerikalen, Partikularisten, welche sich bei engeren Wahlen mit den Sozial-demokraten verbündet haben, durch diese Berührung „ge-schändet“? — Uebrigens ist der Freund Bismard's, Herr

politischen Tagesblättern gar nicht auszusprechen. Die gesammte politische Welt ohne Unterschied der Parteifarbe wird von einer Art unbewußten Freimaurerthums umfaßt, das nicht gestattet, über den wirklichen Charakter, die wirkliche Bedeutung gewisser Erscheinungen volles Licht zu verbreiten. Nur „Brüder“, die „gededit“ haben, mögen die und da den Schleier der eleusinischen Geheimnisse etwas zu lüften wagen und sind dann selbstverständ-lich auf nicht-politische Zeitschriften angewiesen. Oder glaubt man etwa, ein freimaurerisches Blatt würde Heine's epoche-machende Entdeckung, daß die vielberufenen mythisch-feierlichen „Logen-Arbeiten“ eigentlich in Kaffeetrinken, Dominospielen und Aehnlichem bestehe, ohne Weiteres aufzunehmen und zu verbreiten geneigt gewesen sein.

Der Parlamentarismus des deutschen Reichs, wie er sich seit Gewährung des allgemeinen und direkten Wahlrechts heraus-gebildet hat, darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, eine der räthselreichsten und widerspruchsvollsten Hervorbringungen des modernen Kulturlebens zu sein. Um das vollauf und un-widerleglich bestätigt zu finden, hat man sich einfach Das, was die nächsten Wochen und Monate bringen werden, nach den fest-stehenden Erfahrungen der Vergangenheit zu vergegenwärtigen. Die Wahlbewegung ist aus hinlänglich bekannten Gründen eine ungewöhnlich tiefgehende; viele Hunderttausende von deutschen Männern waren bis zum 30. Juli in so ungemainer Aufregung, daß alle anderen öffentlichen Interessen für sie vor dem Be-streben in den Hintergrund traten, Hunderte von Candidaten aller Parteihattungen de omnibus rebus et quibusdam aliis peinlich zu verhören und auf Programme aller Art förmlich einzuschwören. Und als am Wahlstage in später Abendstunde in dem schwülen Wirthshofe das Resultat der betreffenden Wahl bekannt geworden? Da folgte bei dem ganz überwiegenden Theile des deutschen Volkes dem leidenschaftlichen Interesse un-pfänglich und ohne merkbaren Uebergang apathische Indifferenz. Wenn eine Statistik darüber möglich wäre, wie viele von Denen, die sich bei den Wahlvorbereitungen am eifrigsten betheilig haben, es nach der Wahl für der Mühe werth erachten, sich auch nur halbwegs um Das zu kümmern, was das Resultat ihrer An-strengungen gewesen, sie würde merkwürdige Minimalsziffern er-geben, obwohl die Sozialdemokraten in dem letzten Jahrgang nach Kräften dafür gesorgt haben, die Zahl Derjenigen ansehn-lich zu vermehren, welche sich auch außerhalb der Wahlzeit ernst-licher, als durch bloße Lektüre des hergebrachten Zeitungsblattes

und durch gewatterhafte Kannegehereien auf der Bierbank mit Dem beschäftigen, was man gewohnheitsmäßig „Politik“ nennt. Selbst die bei jeden Wahlen als obligates Schreckmittel ver-wendete „unausgesehete Controlo der Wählerkass“ erweist sich bei näherer Betrachtung als inhaltslose Fiktion, über die der Candidat nach den ersten vierzehn Tagen seiner ersten Session bloß noch lächelt. Denn wenn er in das innere Getriebe unseres Parlamentarismus auch nur einen Blick geworfen, muß ihm klar geworden sein, daß er sich eigentlich bei Licht besehen einer un-verantwortlichen Unverantwortlichkeit zu erfreuen hat. Mit dem Augenblicke, wo der neu gewählte Abgeordnete zum ersten Male mit Herablassung von dem wachhaltenden Schutzmänn begrüßt und mit unverfälschter Herzlichkeit (im Hinblick auf das übliche Charitativum am Ende der Session) von dem überbordirten Portier empfangen, das Atrium der ehemaligen Porzellanmanu-faktur in der Leipziger Straße Nr. 4 betritt, mit dem Momente, wo sein Auge auf die in der linken Ecke desselben stehende schwarze Tafel fällt, auf der alle Venar-, Commissions-, Fraktions- und Gruppenführungen angelündigt werden, legt sich wie eine schwebende Wolke die Atmosphäre dessen um ihn, was Wesen und Fluch des heutigen Parlamentarismus ausmacht. Die allmächtige Fraktionskassone bedt ihn gegen jede Einwendung seiner Wählerkass, ja gegen jede Erinnerung an seine Wahl-versprechungen. Das erste Glas, das er sich aus einer „offiziellen Wassercaraffe des Hauses“ einschenkt, ist ihm — Leibe. Denn es sind nur zwei Fälle denkbar: entweder ist er gewillt und im Stande „wild“ zu bleiben, dann wird er, wenn überhaupt das Vermögen zu denken und der Wille, wenigstens sich selbst nicht zu belügen, vorhanden ist, darüber bald im Klaren sein, daß seine „schöne Bestimmung“ im parlamentarischen Drama nur die sein kann — einen vollständig unschädlichen Statisten zu agiren, sich wohl oder übel mit der Rolle einer „Nummen Person“ zu begnügen. Die andere Eventualität ist die, daß der neu Eintretende auf den Namen einer bestimmten Fraktion ge-wählt ist (und dabei ist zu erinnern, daß eine Fraktion nur dann als vorhanden betrachtet wird, wenn mindestens zwölf Mitglieder für sie vorhanden sind). Dann ist er mit dem Eintritt in das Haus überhaupt nicht mehr Herr seines politischen Willens, nicht mehr der „Hüter seiner Thaten“; der Fraktionsvorstand oder besser die Fraktionsleitung trägt in Wirklichkeit die Verantwort-lichkeit für das, was von ihm geleistet oder unterlassen wird. Wenn dies einfache und klare Verantwortlichkeitsverhältniß in

* Wir entnehmen diese Skizze der in Frankfurt a. M. seit einigen Wochen erscheinenden, von Dr. Ludwig Polshof herausgegebenen Wochenchrift „Die kleine Chronik“

Diege, seinem liberalen Gegner in dem von ihm schon seit 11 Jahren vertretenen Kreise Calbe-Mischerleben mit gegen 4000 Stimmen Majorität unterlegen. Bismarck's Sohn, Bismarck's Freund — Beide glänzend durchgefallen trotz Agitationen und Empfehlungen.

— Schlimme Folgen russischer Wirthschaft. Der frühere Chef der famosen „dritten Abtheilung“ in Petersburg laborirt bekanntlich noch an dem Schuß der Wjera Saffulitsch. General Wenzow, der nach ihm an diesen Posten berufen ward, hat nun ein ähnliches Schicksal gehabt. Ein Telegramm aus Petersburg d. d. 16. August besagt: „Als General Wenzow, Chef der dritten Abtheilung der geheimen Kanzlei des Kaisers, heute Vormittag aus einem Hause am St. Michael-Platz trat, schossen zwei Individuen mit Revolvern auf denselben. Der General stürzte zur Erde. Die Mörder bestiegen einen am Plaze haltenden Wagen und flohen in der Richtung des Newski-Prospekt. Der General wurde in seine Wohnung gebracht.“ — Nach einem anderen Telegramm wäre Wenzow nicht geschossen, sondern mit einem Dolch gestochen worden. Die Wunde soll übrigens, wenn auch gefährlich, doch nicht tödtlich sein. Man sieht aber, daß die russische Wirthschaft, für die gewisse Leute so schwärmen, für gewisse Leute mitunter auch recht schlimme Folgen hat.

Nachdrück. Einem neueren Telegramm zufolge ist General Wenzow am 16. d. gestorben.

— Den panslawistischen Schreier Ksjakow hat sein Schicksal erreicht. Er wollte noch fortbellen, nachdem die Regierung der Meute „Couché!“ (Still!) zugerufen, und zum Lohn für diese Frechheit hat er die Hundspitze bekommen und ist aus Moskau fortgejagt worden. Und da wollte man uns vorführen, es gebe in Rußland eine panslawistische Volksbewegung, welche dem Tzar über den Kopf gewachsen sei und der er sich zu unterwerfen habe.

— Am 15. d. entleibte sich zu Basel Oberst Rüstow, der berühmte Militärschriftsteller und Freund Lassalle's. In einer der nächsten Nummern bringen wir eine Biographie des hochverdienten Mannes, den Nahrungsvorgen zum Selbstmord getrieben haben.

— Genosse Müller in Langen, der am Tage nach der Offenbach-Dieburger Stichwahl verhaftet wurde, ist das Opfer einer Privatdenunziation. Wir hoffen die Namen der — natürlich „reichtreuen“ — Piskot's bald mittheilen und der verdienten — Ehre überliefern zu können.

— Parteigenosse Bracke hat an seine Wähler im 3. Braunschweiger Wahlkreise, in welchem bekanntlich eine Nachwahl stattgefunden hat, bei welcher von liberaler Seite Freiherr von Stauffenberg als Candidat aufgestellt ist, ein offenes Schreiben gerichtet, in welchem es folgendermaßen heißt: „Herr von Stauffenberg ist ein Mann, dem auch der Gegner die vollste Achtung nicht versagen kann. Er ist neben Männern wie Bennigsen, Lasfer, einer der Wenigen, denen es mit wirklich liberalen Grundätzen Ernst ist. Er ist ein Charaktervoller, ein auch dem politischen Gegner gegenüber anständiger Mann. Von der im Lande Braunschweig jetzt herrschend gewordenen liberal-conservativ-gesinnungslosen, halbbarbarischen Richtung unterscheidet er sich so vortheilhaft, wie der Tag von der Nacht. Ist er auch unser politischer Gegner, so ist er in den Reihen der Letzteren doch einer der besten, dem, auch der Sozialdemokratie gegenüber, ein eigenes und zwar nicht gehässiges Urtheil zuzutrauen ist. In München haben unsere Genossen zwar demselben Manne eine Niederlage bereitet, aber nur, weil dort eine schamlose Claqueurwirtschaft seinen Namen als Deckmantel für ihre Herrschaft benutzte und weil sein gegnerischer Candidat, der Candidat des Centrums, bündige Garantien in Bezug auf die Ausnahmeseize, die Steuern u. gab. Würde es sich bei uns um eine Stichwahl handeln zwischen Herrn von Stauffenberg und den Herren Koch oder Baumgarten, oder den Herren Bode, Kunze, Gram und Triep, so würde ich Euch auffordern, Herrn von Stauffenberg zu wählen. So empfehle ich Euch, diesmal überhaupt nicht zu stimmen. Der Sieg des Herrn von Stauffenberg ist doch gewiß, und, wenn wir auch einen Unterschied machen zwischen der Person und der Partei, so hat uns doch die Partei des Herrn von Stauffenberg zu gemein behandelt,

und im politischen Leben sich zu charakterlos erwiesen, als daß wir das jemals zu vergessen vermöchten.“

— Reinders tobi! Das war die Rache der geschlagenen Reaktionäre von Breslau für ihre Niederlage. Nun, Reinders lebt, ist gesund und munter, und die Breslauer Reaktionäre sind und bleiben geschlagen.

Zur Beachtung!

Aus nachfolgenden Wahlkreisen, in welchen bei den vorigen, resp. vorvorigen Wahlen Stimmen auf sozialistische Candidaten fielen, fehlen bis jetzt die Resultate, und werden die Genossen in den Hauptorten jener Kreise ersucht, zwecks Zusammenstellung des Gesamtergebnisses der diesjährigen Wahlen das, wenn möglich offizielle Resultat ihres resp. Kreises an das Central-Wahlcomité in Hamburg, Adresse C. Derossi, Holzdam 42, recht bald zu senden:

Anhalt I u. II. Achim-Verden. Aurich-Grens. Alzei-Bingen. Boyreuth. Bamberg. Bitterfeld-Delitzsch. Brandenburg. Bromberg. Bries. Carlsruhe. Köln Land. Celle. Cöslin-Colberg. Cannstatt. Constanz. Einbe- Osterode. Erfurt. Elbing. Frankenhansen. Fulda. Görtz. Halle. Herzberg-Goslar. Hildesheim. Höchst-Misingen. Hameln (Hann. IX.) Heidelberg. Königsberg. Lützenwalde. Vainburg. Ludau-Galau. Labiau. Memel. Marburg. Relle-Diepholz. Nordhausen. Nieder-Barnim. Neustadt (Pfalz). Osnabrück. Otterndorf (Hann. XIX.) Pforzheim. Potsdam-Spandau. Schwarzburg-Sondershausen. Schwarzburg-Rudolst. Striegau. Saarbrücken. Schleswig I u. II. Sachsen VIII. Uelzen. Oldenburg II. Weimar. Wanzleben. Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Correspondenzen.

Berlin, 15. August. „An Sozialdemocraten wird nichts verkauft!“ Dieser originelle Satz, so meldet unser Berliner Parteiorgan, prangte seit mehreren Tagen, laut Beschluß des Chefs, mit großen Lettern in dem Weiswaaengehäuf eines Hoflieferanten, welches sich in dem südlichen Ende der großen Friedrichstraße befindet. Der drohende Zettel, zuerst allseitig angehaunt, begann bereits dem Geschäftspersonal etwas Unzuträgliches zu werden, bis er eines Tages durch sein schweigendes Dasein das Verhängniß heraufbeschwor. Eines schönen Tages der vergangenen Woche rollt eine elegante Equipage vor das Geschäftslokal, ein sichtbar den „besseren Ständen“ angehöriger junger Mann verläßt dieselbe und betritt das Geschäft; dienstfertig springt das Personal herbei und der junge Herr ist auch bald mit dem Handel über mehrere Sorten der feinsten Gardinen im Werthe von 240 Mark fertig. Sauber verpackt werden die Stücke in die Equipage getragen, da der Käufer bereits die schwebefüllte Börse gezogen. Da fällt des Käufers Blick auf den bereits geschilberten Zettel. Sofort hält der Käufer mit der Zahlung inne und erklärt dem Hoflieferanten, daß er ein Sozialdemocrat sei und nun selbstverständlich die Waare nicht nehmen könne. Ein sehr unangenehmer Wortwechsel, der nun entstand, endigte damit, daß der Kaufmann einen Schutzmann holen ließ, um die Person des Käufers festzustellen. Dies geschah auch als bald, doch mußte der Hoflieferant auf den Civil-Klageweg gewiesen werden, da die Polizei kein Recht hatte, einzuschreiten. Die Klage dürfte aber dem Hoflieferanten nicht viel nützen, da der Käufer ein Schweizer Bürger ist, der nur wenige Tage hier anwesend bleibt. Der Zettel mit der verhängnißvollen Inschrift war von Stund' an aus dem Geschäftslokal des Hoflieferanten verschwunden. — Wertwürdig, wie schnell sich manchmal die Bestimmung ändert.

Bekanntlich wurde vor einigen Wochen die diesjährige Generalversammlung der sozialdemocratischen Genossenschaftsbuchdrucker politisch aufgelöst, weil dieselbe nicht rechtzeitig politisch als Versammlung angemeldet worden sei. Auf die erhobene Beschwerde gegen diese Maßregel hat jetzt das Polizeipräsidium geantwortet und u. A. bemerkt, „daß die stattgehabte Auflösung der fraglichen Versammlung mit den gesetzlichen Vorschriften nicht vereinbar war und daher seitens des Polizeipräsidiums gemüßwilligt werden mußte“; aber deswegen treffe den Beamten eigentlich doch keine Schuld, denn „es kann nicht geltend gemacht werden, daß die Abhaltung der Versammlung derart stattgefunden, daß in dem betreffenden Beamten der Verdacht aufstehen konnte, es handle sich um die Abhaltung einer „gesetzlich verbotenen Versammlung.“ Hierzu bemerkt die „Berliner Freie Presse“:

ob es sich um Nationalliberale, Ultramontane, Fortschrittsleute, deutsche Reichsparteiler oder Conservative handelt, besteht, er ist ein Faktor, der bei Beurtheilung des Parlamentarismus berücksichtigt werden muß. Die Polen-Fraktion und die Sozialdemocraten bedürfen hier keiner Erwähnung. Erstere weil sie keine eigentliche politische Partei zur Grundfrage hat und in allgemeinen Fragen nur als Anhängel des Centrums zu betrachten ist, letztere weil sie bisher nicht als constituirte Fraktion zu handeln verstanden und behandelt wurden. Das in der Regel unbedingten Ausschlag gebende Uebergewicht, welches die Fraktionsleiter besitzen, basiert nur zum allgeringsten Theil auf wirklich hervorragender parlamentarischer Befähigung, ist vielmehr zum größten Theil Produkt des bloßen Zeitablaufes, Resultat einer feststehenden Tradition, Erzeugniß eines parlamentarischen „Pennaismus“, dem zufolge der „Fuchs“ dem „Bürchen“ unbedingt zu gehorchen verpflichtet ist. Dies erklärt es, warum die Leitung der Fraktionen zumiist in norddeutschen, ja in spezifisch preussischen Händen ruht, soweit man nicht zur Wahrung des Dehors eine absichtliche Ausnahme gemacht hat. Die absolut nichtsagende Rolle, welche den Mittel- und Süddeutschen, auch bei ausnahmsweiser Begabung für das politische Handwerk zufällt, ist gewiß eine beachtenswerthe und vor allem nicht abzuleugnende Erscheinung. Sehe man doch nur, welche einflußlose Stellung die Präsidenten mittel- und süddeutscher Landesvertretungen innerhalb der Fraktionen besitzen, der sie angehören! Obwohl von allen Fraktionsvorständen den Mitgliedern eingeschärft ist, Nicht laut und nicht leise Auf keinerlei Weise Zu nennen das verpönte Wort — das verpönte Wort Fraktionszwang nämlich, ist es ein ergötzliches Studium, den verschiedenen Ausdrück süddeutschen Unwillens reichstreuer Herzen über das Unerhörte zu verfolgen, was ihnen in dieser Beziehung zugemuthet werde. Des Abends in verschwiegener Stille, wenn der Wein, „der nicht erfindet, sondern nur ausschwaht“, die Zungen löst, kann man darüber manch trübselig Viedlein singen hören. (Schluß folgt.)

— Liberaler Blödsinn. Berliner Blätter berichten: „Aus dem Leben des Herrn Bebel wird uns folgendes Geschichtchen mitgetheilt, als Beleg dafür, daß die Sozialdemocraten ganz

„Wodurch dieser Verdacht „aufstehen“ konnte, sagt uns das Polizeipräsidium nicht und doch wären wir darauf gerade neugierig. Die Generalversammlung war statutengemäß wochenlang vorher sowohl in der „Berl. Fr. Pr.“ als wie auch im „Vorwärts“ annoncirt, dieselbe war also der Polizei wohlbekannt, denn wir haben Erfahrungen, wie genau gerade diese beiden Blätter von der Polizei gelesen werden. Eine geheime Versammlung war es also gewiß nicht.“ Schließlich wird noch mitgetheilt, daß das Polizeipräsidium wegen Behauptung unwahrer Dinge gegen die Redaktion der „Berl. Fr. Pr.“ Strafantrag gestellt habe, während die Letztere erklärt, daß von ihrer Geschäftsleitung gegen den betreffenden Polizeileutnant ebenfalls Klage angestrengt werde, und zwar wegen Hausfriedensbruches, Mißbrauch der Amtsgewalt und wegen Schädensatz.

Der seines Dienstes entlassene Secretär der christlich-sozialen Partei, Grüneberg, hat vorerst eine abwartende Stellung eingenommen, das heißt er wartet ab, ob er die ihm von München aus dikirte Gefängnißstrafe hier verbüßen muß, oder ob sein Gnadengesuch, welches er eingereicht, genehmigt wird. Alsdann wird Grüneberg eine Zeit lang in dem Missionär-Institute in Duisburg erzogen, um später zur Bekehrung der Wilden ausgefandt zu werden.

Danzig, 10. August. Wohl in den meisten deutschen Wahlkreisen ist seitens unserer Partei eine viel größere Wahlagitation entfaltet worden als hier, trotzdem auch Danzig ein riesiges Proletariat in sich birgt. Das liegt zum großen Theile daran, daß die Arbeiter am Gängelbunde der Bourgeoisie, wie der Geistlichkeit geführt werden, und da ist jedem selbstständigen Denken vorgebeugt. In den hiesigen königlichen Werkstätten ist natürlich Alles, was nach Sozialismus riecht, verpönt, und wurde sogar zur Zeit der allgemeinen Hege gegen den Sozialismus den Arbeitern ein Circular vorgelegt, worin dieselben untersuchen mußten, keine sozialdemocratischen Zeitungen zu lesen und mit Sozialisten überhaupt nicht zu verkehren. Natürlich zwingt der Hunger Leben, zu unterschreiben, bis endlich Abrechnung kommen wird. — Auch hier haben sich die Ordnungsparteien untereinander mit Schmutz und Loth benorfen, nur in der Bekämpfung der Sozialdemokratie waren sie einig. Zuletzt kamen auch noch die Conservativen mit einem Candidaten, und wir glaubten auch zu zeigen, daß unsere Partei trotzdem und alledem noch Anhänger hier habe, und stellten Bebel auf. Derselbe erhielt zwar nur 114 Stimmen, jedoch ist es gegen 1877 ein Fortschritt, denn damals wurden nur 19 Stimmen abgegeben. Wir aber werden ruhig weiter kämpfen und mehr Anhänger zu gewinnen suchen. R. W.

Wilhelmshaven, 15. August. Da uns vielfach der Vorwurf gemacht worden ist, daß wir uncorrect gehandelt hätten, indem wir keinen Candidaten aufgestellt haben, so fühlen wir uns veranlaßt, die Gründe anzugeben, welche uns davon abgehalten haben. Ein Jeder, der den 2. hannoverschen Wahlkreis kennt, wird wissen, daß außer Wilhelmshaven und Umgegend niemals etwas in demselben geihan worden ist, um Propaganda für unsere Sache zu machen. Es ist dies auch sehr schwierig, weil außer den Städten Wittmund und Aurich eine Unzahl kleiner Dörfer und Bauerschaften zu Ostfriesland gehören. Wittmund und Aurich, nur kleine Ackerstädtchen, würden für uns diesmal schwer zugänglich gewesen sein, indem durch die liberalen u. s. w. Blätter und Blättchen den Leuten die Köpfe ganz und gar verdreht worden sind, so daß wir nirgends Anhalt finden konnten, um auch nur den Versuch, eine Versammlung abzuhalten, machen zu können. Da aber der ganze Schwerpunkt in Wilhelmshaven ruht, so wollen wir uns auch nur mit diesem befassen und zu beweisen suchen, daß wir, wenn auch nicht richtig der Parteistellung angemessen, dennoch richtig gehandelt haben, um nicht die Existenz vieler unserer Genossen zu gefährden; was nach unserer Ansicht ebenso schwerwiegend ist, als einige Hundert Stimmen. Ein Jeder, dem die Arbeitsverhältnisse hier bekannt sind, weiß, daß außer auf der Kaiserlichen Werft und des Hafensbaues Arbeit hier nicht zu finden ist, und daß Jeder, welcher auf der Werft entlassen wird, sein Bündel schnüren muß, weil er nach der Entlassung auch die Wohnung zu räumen hat. Darum ist es für einen Familienvater doppelt schwer, sich an irgend etwas zu betheiligen, was eine Arbeitsentlassung nach sich zieht. So wurden schon gleich nach dem ersten Attentat die Arbeiter gewarnt, sich von unsern Versammlungen fernzuhalten und die Partei in keiner Weise zu unterstützen, widrigenfalls sie entlassen würden; ja man frug bei den Meistern der Werkstätten an, wer von den Arbeitern Sozialdemocrat sei, um so einige zum Schrecken der übrigen zu entlassen. Daß durch solche Maß-

den Rechenschaftsberichten der verschiedenen Herren Abgeordneten, soweit sie nicht zu den verschwindend wenigen „Machern“ gehören, niemals klar genug hervortritt, so hat dies seinen Grund in der übertrieben nachsichtigen Liebenswürdigkeit, mit der man hergebrachtermaßen sein eigenes Ich zu behandeln pflegt. Kann man den in ihrem lokalen Kreise so berühmten und einflußreichen Abgeordneten Titius und Sempronius, kann man ihnen zumuthen, offen zu bekennen, daß die Abgeordneten Titius und Sempronius in Berlin zu den unzähligen fünften Nädern am Parlamentswagen gehören? Gewiß nicht. Herr Titius träumt sich bei jeder Eisenbahnstation, die er — natürlich im Schlafwagen — von des Reiches Hauptstadt weggeführt wird, zu immer höheren Stadien parlamentarischer Einflusses hinauf und erwacht in der Heimath mit dem wirklichen und ehelichen Bewußtsein, einer der spiritus rectorum des Reichstages zu sein. Herr Sempronius hat sich das heimathlich-stolze Gefühl, ein „Schieber“ zu sein, durch das unablässige Geschobenwerden innerhalb der Fraktionen überhaupt nicht trüben lassen und so erfahren die Wähler wohl, was die beiden Herren in parlamentarischer Beziehung von sich denken, nicht aber was sie in dieser Richtung wirklich gelten.

Darin besteht der in unbewußter Freimaurerei allseitig gepflegte, auf einer durchaus falschen, weil oberflächlichen und völlig ungenauen Betrachtungsweise basirende Grundirrtum hinsichtlich der Reichsvertretungs-Verhältnisse, daß man annimmt, jeder der dreihundertachtundneunzig Vertreter des deutschen Volkes hätte in Wirklichkeit, wie Logik und Verfassung dies erheischen und die Wählerchaft das präsumirt, einen materiell und formell gleichen Einfluß bei Entscheidung der Fragen, welche dem Parlamente unterbreitet werden, daß man annimmt, die Voten des Reichstages seien in Wirklichkeit und nicht bloß dem äußeren Scheine nach Mehrheitsbeschlässe der gesammten Abgeordnetenchaft. Der Beweis dafür ist leicht zu erbringen. Die Beschlässe der Fraktionen sind es, welche für die Mehrheitsbeschlässe den Ausschlag geben, Fraktionsbeschlässe aber beruhen, wie heute die Zeiten sind, in keiner Weise auf wirklichen Wahrheitsentscheidungen innerhalb der einzelnen Parteigruppen. So lange die Leiter der Fraktionen unter sich einig sind, ist es allein ihre relativ sehr geringe Anzahl, welche in Wirklichkeit und Wahrheit, nicht dem formalen conventionellen Scheine nach, das Loos der dem Parlamente gemachten Vorlagen bestimmt. Der befarlich geleugnete geistige Zwang, der „Terrorismus“, welcher von den Leitern der constituirten parlamentarischen Parteien, gleich viel

gut ihre politischen Ueberzeugungen bei Seite zu sehen wissen, wenn es sich um die Erreichung eines geschäftlichen Vortheils handelt. Ein Fabrikant aus Offenbach richtete, in erster Linie aus bloßer Neugierde, an Herrn Bebel, der bekanntlich ein sehr blühendes Drechslergeschäft in Dresden besitzt, die Anfrage, ob es nicht etwa mit seinem Parteistandpunkt solidire, eine größere Bestellung auf Stöcke anzuführen, deren Griffe aus Bismard-Wollte-Köpfen zu bestehen hätten. Herr Bebel nahm die Bestellung bereitwillig an und bemerkte feierlich: er kämpfe nicht gegen Personen, sondern nur gegen Prinzipien und die Politik habe mit dem Geschäft nichts zu schaffen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der sozialdemocratische Drechslermeister die ängstliche Sorgfalt ausgeboten haben wird, damit die Köpfe seiner politischen Antipoden möglichst schön geschmitten werden. Ob er daran gedacht, daß er eigentlich dabei nur zur noch größeren Verbreitung der Popularität Bismarck's thätig sei? Was gäbe das für ein hübsches Bild . . . ein sozialistischer Arbeiter, der mit Ingramm kunstvoll die Physiognomie des gehassten Reichslanglers ausführt. Das Sujet sei allen nicht sozialistischen Malern empfohlen.“ — Daß die ganze Salbaderei erlogen ist, geht schon daraus hervor, daß in Bebel's Werkstätte — in Leipzig, nicht in Dresden — überhaupt keine Stöcke, sondern ausschließlich nur Fensterröhren und Thürklinken fabrizirt werden.

— Paul Heyse's „Tochter der Exzellenz“. Diese vielleicht neueste von Heyse's Novellen (sie steht in dem Dezemberhefte 1877 von Rodenbergs „Rundschau“) ist vielleicht auch die gefährlichste. Heyse läßt, das weiß jeder Leser seiner Novellen, die freie Liebe ihre Triumphe feiern, aber was uns vorgeführt wird ist nicht bloß ein Triumph der freien Liebe, es ist eine Verherrlichung desselben, eine Verkerrlichung durch die Kunst.“ So schreibt ein hervorragendes liberales Blatt, die „Magdeb. Ztg.“ Nun wollen wir noch hinzufügen, daß der Name Heyse's seit Jahren die Spalten der liberalen Presse füllt, daß Heyse die Protektion von Königen genöß, daß seine Bücher in allen Salons der vornehmen Gesellschaft, in allen Bourgeoiskreisen mit einer gewissen Gier gelesen werden — und wir haben dann ein Streiflicht geworfen für die „Heiligkeit der Familie und Ehe“, für die „strenge Sittlichkeit“, wie jene Kreise sie auffassen. — Natürlich hindert die Vergötterung Heyse's dieselben Leute keineswegs, über uns mit der Beschuldigung herzufallen, wir seien Anhänger der „freien Liebe“. Liberale Consequenz!

regel eine Panik unter den Arbeitern entstand, wird Jeder begreifen, der mit den hiesigen Verhältnissen bekannt ist. Nach dem zweiten Attentat wurde nachstehender Revers auf Anordnung des Ministeriums in allen Staats-Berufen den Arbeitern zur Unterschrift unterbreitet:

Ich Entschuldigener erkläre hiermit, daß ich keinem sozialdemokratischen Vereine angehöre und weder derartige Versammlungen besuche, oder Geldbeträge zu einem ähnlichen Zwecke zahle, noch sonst den sozialdemokratischen Bestrebungen in irgend welcher Weise Vorschub leiste.

Wilhelmshaven, den
Vor- und Zuname. Ressortnummer.

Den Maurern und Zimmerern, welche nicht auf der Werk beschäftigt, aber zum größten Theil arbeitslos sind, war es nicht möglich, soviel aufzubringen, um eine Agitation unter solchen Verhältnissen ins Leben zu rufen. Die Werftarbeiter, von denen wir am meisten auf Unterstützung rechnen müssen, thaten, da sie die durch die Hungerpeinliche erzwungene Unterschrift zu ernst auffaßten, zu wenig, außerdem fehlte es uns auch an einer Rednerkraft, da sämtliche Agitatoren in andern Kreisen vollaus zu thun hatten. Da sich nun alles gegen uns verschworen hatte, so durfte auch der feige Denunziant nicht fehlen, und wurden mehrere Arbeiter denunziert, trotz ihrer Unterschrift noch für unsere Partei thätig zu sein und sozialistische Blätter zu lesen, dieselben wurden vor den Oberwerst-Direktor beschieden, um über ihr Treiben Aufschluß zu geben. Sie gaben auch zu, früher der Partei angehört zu haben, jetzt aber, da sie ihre Unterschrift gegeben und auch keine Partei hier selbst bestehe, könnten sie auch nicht mehr derselben angehören. Was das Lesen sozialistischer Blätter anbetreffe, so lesen sie nur das „Wilhelmshavener Volksblatt“, was doch nicht verboten sei, worauf der Direktor mit einem Verweis antwortete und folgenden Tagesbefehl in sämtlichen Werkstellen aufschlagen ließ:

Sonnabend, den 20. Juli 1878.

4) Nachdem alle Arbeiter der Werk schriftlich die Erklärung abgegeben haben, daß sie keinerlei sozialdemokratische Bestrebungen unterstützen, spreche ich nunmehr die bestimmte Erwartung aus, daß auch Blätter und Zeitschriften dieser Partei von den Arbeitern der Werk nicht gehalten und gelesen werden. Zu diesem Verbot sehe ich mich umso mehr veranlaßt, als durch das fortgesetzte Lesen von Irrlehren erfahrungsmäßig auch das unbefangenste Urtheil verdunkelt wird. Ich hoffe, daß mir die Aufrechterhaltung dieses Verbots durch die Arbeiter selbst erleichtert werden wird.

Alle kleinen Schifanen und Maßregeln anzuführen würde uns zu weit führen. Es sei nur noch bemerkt, daß trotz unserer Stimmenhaltung wir dennoch gezeigt haben, wie die Bevölkerung gejonnen ist, denn von circa 2500 Wählern haben in der Stadt Wilhelmshaven nur 860 ihre Stimmen abgegeben, also kaum der dritte Theil. In den benachbarten Gemeinden Heppens und Neucenda, 2. oldenburgischer Wahlkreis, gaben von 1000 bis 1200 Wählern nur 150 ihre Stimmen ab. Darauf wird mancher antworten, aber wenn so viel sozialistische Wähler da sind, so hätte man auch ohne irgend welche Agitation für einen bekannten Genossen die Stimme abgeben können. Dies wäre richtig. Da aber die Arbeiter nur eine Stunde Mittag haben und das Wahllokal eine halbe, ja sogar eine Stunde vom Arbeitsplatz entfernt liegt und Niemand wagen dürfte, von der Arbeit fernzubleiben oder für einen Sozialdemokraten gehalten zu werden, so beschloßen wir eine Wahlenthaltung, um nicht durch Ausübung unserer Pflicht viele Familien dem Hunger überantwortet zu sehen.

Freiberg, 12. August. (Generalbericht.) Heut komme ich, um über eine größere Anzahl Versammlungen zu berichten, welche seit dem 7. d. M. in Ordnung gegangen sind. Seitdem die Conservativen im 9. sächsischen Wahlkreis nicht mehr in Betracht kommen, gelingt es uns eher einmal ein Lokal zu bekommen, was theils Folge der lässigeren Beeinflussung auf dem Lande durch die governementalen Elemente, theils Folge der erschwerlichen Stimmenzahl (6127 Stimmen) ist, die sich am 30. Juli auf unsern Candidaten Kayser vereinigte und die nicht verfehlte, einen moralischen Zwang im Kreise auszuüben. Man hat umso mehr Ursache, mit gesenktem Kopfe einherzugehen, als man vor der ersten Wahl die Freiheit besaß öffentlich zu erklären: es handele sich nur um die Conservativen und Liberalen, die Sozialdemokraten zählten nicht. Ja, der liberale Penzig selbst war es in Brand bei Freiberg, welcher mit erstaunlich ruhiger Miene nur von sich und von Delschlägel sprach, wo ich ihm hernach erst sagte, daß es in Ordnung gewesen wäre, unsere Candidaten Kayser auch mit zu nennen. Nun, sie haben theils ihren Lohn dahin, am 15. August, so hoffen wir, erhalten sie — die Restzahlung. — In Conradsdorf hielt Genosse Horig aus Hamburg die erste Rede, ich die zweite zur Stichwahl zwischen Kayser und Penzig. In Brand fand am 9. August eine weitere Versammlung statt, wo gleichfalls Horig referirte und dabei vom Genossen Lauschle aus Chemnitz brav unterstützt wurde, während ich an demselben Abende in Weigmannsdorf (Frauensteiner Gegend) mit gutem Erfolge Versammlungen abhielt. Der 10. August brachte uns endlich einmal eine Versammlung in Frauenstein, was schon längst nötig war, zumal bei der Penzigschen Versammlung i. J. man mir feigerweise das Wort nicht ertheilte. Kam nun leider durch die Ungeschicklichkeit und Unfähigkeit des Einberufers sowie durch kräftige Weisheit der überwachenden Gensdarmmerie der Vorstz in die Hände des ergliberalen Mediciners Dr. Röber (Genosse Lauschle ward an diesem Abend von den Segnern und der Gensdarmmerie in geistiger Hinsicht geradezu mißhandelt), so ließ man mich doch anstandslos meine einstündige Rede vollenden, worauf Dr. Röber mit dem bekannten Speisetzettel: „Wir wollten die Religion abschaffen, Revolution haben, Erziehung der Kinder durch den Staat in spartanischem Sinne u. s. w.“ gegen mich anrückte. Unter dem Jubel der Versammlung replizierte ich auf die Duplit Dr. Röber's, der consequent Lauschle nicht zum Worte zulassen wollte; jedoch mußte ich mir gefallen lassen, daß er uns geschwind noch mit Hodel und Nobiling im Wunde erklärte und sodann schloß. So heimtücklich verfahren eben nur Liberale von reinstem Crystall. In Dederan fand am 10. August eine gutbesuchte Versammlung statt, in welcher Horig sehr durchschlagend referirt zu haben scheint, da man anderntags in Dederan noch sehr animirt war. Sonntag den 11. August sprach ich in Neuhohelinde bei Dederan, dem Centralorte einer größeren Anzahl Dörfer, anderthalb Stunden lang unter Beifall. Leider hatte auch hier selbst Niemand den Muth von den Segnern, das Wort zu nehmen. Horig hielt in Langenstriegis an dem gleichen Tage eine Versammlung ab, wie Genosse Lauschle in Halsbrücke bei Freiberg. Endlich bleibt noch von der Versammlung in Columitz zu berichten, welche Genosse Schuster abhielt und in welcher wiederum ein Gottesmann sowie zwei Schulmänner als Gegner der Sozialdemokratie auftraten. Niemand hat bisher in unseren Versammlungen zum Worte gegriffen, dessen Rede aus etwas anderem als aus „Theesen, Weibergemeinschaft, Buchlosigkeit u. s. w.“ zusammen-

gesetzt gewesen wäre. Wohl, es glaubt ihnen auch kein denkendes Individuum mehr. — So lange als die Campagne zur Stichwahl begonnen, haben sich die Liberalen noch nicht blicken lassen; die ganze Linie Freiberg, Hainichen, Dederan ist mausstill. Der Generalleutnant des liberalen Penzig, Advokat Täscher, hat sich vor der Stichwahl ein Rundreisefillet gelöst und hat seinen Monarchen verlassen; dieser selbst thront in Dresden und läßt sich nicht weiter in seinem Wahlkreise blicken. Dagegen wählen die Liberalen insgemein und ein Fleischermeister Rosker wie ein Schneidermeister Braune (Stadtverordnetenvorsteher) ziehen seit einigen Tagen auf Dörfern herum wie Hausirer, versammeln 30 bis 50 Menschen „zu gemüthlichem Beisammensein“ und empfehlen die beiden heuchlerischen Ausbeuterparteien, Conservativen und Liberale, durch ihre Führer v. Delschlägel und Penzig den Frieden ratificiren lassen; die Conservativen werden offiziell für Penzig stimmen, obwohl sie mit seiner Antwort: „Wie er sich zu einer eventuellen Annexion Sachsens“ stellen würde, nicht im Mindesten zufrieden sind. Geradezu elend und erbärmlich nimmt sich das Gewinln der Liberalen aus, um die conservativen Stimmen zu fohdern, nachdem sie diese Partei vor dem 30. Juli in den Noth geworfen und getreten haben. Wie in Berlin vor ihrem Herrn und Meister, so kriechen sie auch hier im Wahlkreise eingebend ihrer Devise: „Hunde sind wir ja doch“ zu Kreuze. Sehr animirt sind die Sozialdemokraten im ganzen Kreise; vielleicht nicht ohne Ursache, nun — der 15. August muß es zeigen“).

Reichenbach im Voigtlande, den 13. August. „Wir müssen entweder ehrlich siegen oder ehrlich unterliegen“, so lautete unser Ruf, als wir in den Wahlkrieg zogen. Mit vollem Rechte können wir jetzt, trotz der Niederlage und den vielen in zwei Wahlen erlebten Stürmen sagen, daß wir uns durchaus nicht zu schämen brauchen. Ein solcher Kreis, zusammengesetzt aus 9 Städten und 138 Dörfern, vermochte den freizeitmörderischen Waffen der „Ordnungsmänner“ nicht Stand zu halten. Wenn auch die Städte, trotzdem einige schlecht wählten, für Auer 4553, für Schmiedel 3746 Stimmen abgaben, also eine Majorität von über 800 erzielten, so vermochten doch die Dörfer den Ueberschuß nicht zu erhalten, indem das amtliche Resultat Auer 7979, Schmiedel 8441 verkündete. An tüchtigen Juretreibern auf dem Lande hat es ja auch nicht gefehlt. Hohe Beamte, Dorfpastoren, Gensdarmen, Schulmeister, Pfaffen und Nachtwächter, alle leierten den unerschöpflichen Landbewohnern das Lied von der Theilerei und Gottlosigkeit her und wenn es gegolten hätte, die sozialistische Schwefelbände zu vertilgen, die Bauern hätten wieder Holz dazu getragen. Aber auch liberale Helden kutschirten auf dem Lande herum und bettelten um Erhaltung ihres Geldsacks. Nicht genug hören läßt sich über mancherlei Beeinflussung und Beachtung des Gesetzes von Seiten der Ordnungsmänner. Vier gab es zu trinken an verschiedenen Orten, ebenso sollen an einigen Orten nach 8 Uhr noch Stimmzettel angenommen, an anderen Plätzen gar Minderjährige zur Wahl zugelassen worden sein. Auf solche Weise ist die Wahl zu Stande gekommen, worüber sich selbst Liberale wenig freuen, denn sie betrachten nicht den Gewählten als den Mann der Zeit, ihnen liegt vielmehr an der Ehre, die Sozialisten besiegt zu haben, selbst wenn dabei die Freiheit erdroffelt wird. Mit Ruhe und innerem Schmerze erträgt der freisinnige Volkstheil die Niederlage. Dagegen triumphirt die Reaktion. Schon bei Ermittlung des Ergebnisses zeigte sich der beliebte Herr v. Polenz recht aufgeräumt. Die Auszählung war mehr eine gefestigte Unterhaltung und die lebhafteste Freude glänzte auf den Gesichtern wohlbeleibter Beisitzer, ja lautes Gekicher war vernehmbar, wenn Schmiedels Orte genannt wurden, wie Morgenröthe 170 Schm., 1 A., Tannenbergtal 90 Schm., 1 A., Christgrün 29 Schm., — A. u. s. w. Der Herr Wahlkommissar verkündete mit Stolz das Resultat und bemerkte, daß man Herrn Schmiedel gleich telegraphiren werde. Wir glauben nicht, daß dies amtlich nötig war, da der neue Herr Reichstagsabgeordnete das Mandat auch per Post noch rechtzeitig erhalten hätte und halten dies sowie manches andere dem Jugendbeifer des Herrn v. Polenz zu gute. Mag die Ordnungspartei jubeln. Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt.

Vom Rhein. (Die Sozialdemokraten betteln nicht.) Nachdem die beiden Attentate von zwei wahnwitzigen Menschen auf den deutschen Kaiser verübt worden waren und ein Reptilienblatt das andere an Unverschämtheit im Lügen gegen die Sozialdemokratie, die man doch in aller Welt gar zu gern zum Sündenbock stempeln wollte, zu überbieten suchte, da bleiben denn natürlicher Weise auch hier die Schmähungen und die Hage gegen die Sozialisten nicht aus. Schreiber dieses wohnt in einem an der von Mainz nach Bingen führenden Hauptstraße gelegenen Orte, und daß diese Straße in der jetzigen arbeitslosen Zeit von allerhand zweifelhaften Menschen stark frequentirt ist, erscheint selbstverständlich. Aber wer trägt denn hieran die Schuld, daß es soviel Gesindel giebt und die Zeiten so sind? Die meisten von diesen Leuten nicht. Täglich und stündlich mußte ich sehen und hören, wie die Unglücklichen, wenn sie sich ein Almosen betteln wollten, abgeschminkt und vor die Thüre gejagt wurden mit dem Bemerkten: Geht zu Liebknecht; geht zu Bebel, geht zu Hasselmann u. und laßt euch geben, oder: ihr seid Sozialdemokraten, ihr bekommt nichts, hinaus ihr Hunde und seid nicht werth, daß man euch etwas giebt u. dergl. m. — Im Wirthshaus hörte ich die Dummheit und Rohheit erst vollends. Da hieß es, das seien lauter Sozialdemokraten, die nicht arbeiten wollen, die wollen mit uns theilen, hieß es, die wollen unser Eigenthum verwalten. Du lieber Gott, was haben denn die noch viel zu theilen und wie lange werden sie noch etwas zu verwalten haben? Nur Wenige sehen, wo es hinaus geht, und die dürfen, wie ich, auch nichts sagen. Es wohnt hier so ein Geldsack, kommt nun ein Haus oder ein Grundstück zur Auktion, und dieser will es haben, so braucht kein Anderer daran zu denken. — Nachdem ich so ein paar Tage mir die Sache ansehen mußte, ohne auch nur im Geringsten etwas dagegen thun zu können oder vielmehr zu dürfen, dachte ich, du mußt doch mal sehen, ob du nicht hin und wieder so einen Sozialdemokraten zu Gesichte bekommst und mit ihm sprechen kannst; es ist immer ein erhebendes Gefühl, wenn man so allein ist und kann dann mal mit einem Freunde verkehren. So viele nun auch von diesen Leuten vor meine Thüre kamen und um ein Almosen baten, um ihren Hunger zu stillen, fragte ich, woher sie kämen, wohin sie wollten, was für ein Geschäft sie treiben, wie lange sie schon ohne Arbeit seien, wie lange sie auf dem letzten Platze gearbeitet hätten u. s. w. Es waren durchgängig zerlumpte Jammergestalten, die für einen Apfel und ein Stück Brod, wie man hierorts sagt, zu Kreuze kriechen und bei denen von sozialdemokratischem Freimuth keine Spur zu bemerken war. Wie viel anders dagegen zogen die nicht Bettelnden durch den Ort; sie waren alle, wenn auch nicht flott, so doch anständig und reinlich gekleidet. Ich dachte oft, wenn ich einen solchen sah, wenn

er nur bei mir vorsprechen würde, aber es kam nicht ein einziger. Daß es Arbeiter waren, die auf der Suche nach Arbeit gingen, steht fest, denn man sieht doch den Unterschied zwischen einem faulen Spaziergänger und einem auf der Reise befindlichen Arbeiter. Ob es aber gerade Sozialdemokraten waren, kann ich nun doch nicht sagen, denn es stand keinem an der Stirne geschrieben und zum Betteln kam keiner, daß ich ihn fragen konnte. — Also noch einmal, die Sozialdemokraten betteln nicht. X.

Stuttgart, 13. August. (Eine Stimme aus Schwaben.) Dank der Bemühung unserer fast durchweg liberalen Wähler wurde der sozialistische Partei auch diesmal wieder der Wahlkreis Stuttgart abgeschwunden. Um die reaktionäre Gegenpartei der vereinten „Reichsgetreuen“ mit einem stolzen Nimbus olympo-aristokratisch-religiöser Erhabenheit zu umnebeln, um in den Augen der, ebenso durch ihre große Stimmenzahl, als ihre nennenswerthe Dummheit bekannten schwäbischen Krantjunkerchaft den sozialistischen Candidaten als Rebellen u. dazustellen, sand es die heilige Hermandad Stuttgarts für gerathen, mit „Prügeln und mit Stangen“ auszugehen und noch am Vorabend der Wahl Herrn Dr. Dull und das ganze Personal unseres Parteiorgans, der „Süddeutschen Volkszeitung“, unter ihren mütterlichen Hütigen in sicheren Gewahrsam zu bergen. Im Ganzen zeigte indeß die große Zahl der für Genossen Dull abgegebenen Stimmen, auch dort, wo er nur als Zahlkandidat auftrat, das rege Interesse, das die Arbeiterkreise unseres Landes an der sozialistischen Sache nehmen. — Auch im 6. Wahlkreis ist die, leider der erbärmlichen Mache der vereinten „Kapital- und Ordnungsparteien“ unterlegene demokratische Partei den Sozialisten Dank schuldig für die Hilfe, die ihr leider vergebens, von dieser Seite zu Theil ward. Doch was vermochte die in großer Mehrzahl stehende Stadtbevölkerung gegen die Bauern, die von liberaler Seite mit wahrhaft jesuitischen Mitteln fanatisirt wurden! Da stand in erster Linie, großmächtig: „Das Attentat.“ Allgemeines Geketz und Mordio! Keinen Sozialen, keinen Demokraten! Also wählt Jeder den nationalliberalen Gek! Zweitens „Bedrohte Religion und Spagentheorie.“ Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens! Dann eine ganze Masse Beschuldigungen vom „Theilen“ bis zum Knaster! Unter allgemeinem Halloß fällt der Liberale aus der Urne! Ein glänzendes Bankett vereint die Geister, die stets bejahen (der Regierung gegenüber). Der Redakteur eines Neutlinger Miniaturblattchens posant in „schwungvoller“ Rede den lobenswerthen Entschluß der Wähler — nämlich der in corpore erschienenen Bauernschaft, die, nach verschieden variirtem Abkloren einiger „Hochs“, in gehobener Stimmung ihren heimathlichen Ställen und Wirthshäusern zuwanke. An einem Rebenstischen gruppirt sich um eine Flasche und eine Büffeldame die Geistlichkeit, der Kirchengemeinderath, der Mittel und der „Gewählte“. Und aus der, von schwerem Steine befreiten Seele des Herrn Defan steigt ein Dankseufzer nach Oben, wo die Spagen des Zeus sich tummeln:

Ja, ich danke froh dem Himmel,
Daß die bösen Demokraten
So mit Blanze unterlagen,
Und daß lauter fromme Männer
Nach Berlin zum Reichstag kommen:
G'meinderath' und Knetter's
Denn das sieht „der blinde Hesse“
Wie ein frommer Dichter zirpte
Im Programm der Liberalen:
Daß man fromme Männer brauche,
Um den Tabak zu versteuern
Und der Kirche Wohl zu wahren!
O, wie ist es dann so lieblich,
Wenn der ganze deutsche Reichstag
Täglich, statt zu debattiren
Eine Bestund auf den Knie'n hält,
Und mit einem schönen Plaster
Den der fromme Bismarck anstimmt,
Heil und Gnade niedersiekt!
Und das Geld, das vom Tabak kommt,
Soll als Fonds der frommen Stiftung
Soll als Fonds der Reichsparade,
Und der Kirche respektirt sein!
Darum lob ich mir die Frommen,
Bivat hoch das Kapital!

Briefkasten

der Redaktion. Manfred: Nichts erhalten.
der Expedition. J. v. M. Altmohr: 1. Die Entziehung des Postdebit ist nur auf Zeit; doch kann diese Verordnung noch vor Ablauf der Frist erneuert werden; 2. Einzelne beziehen Sie direkt größere Partien durch den Buchhandel; 3. Eines der besten Fremdwörterbücher ist das von Henke. Preis circa 8 M. geb. Kom. Ihnen durch uns vermittelt werden. Geld lag Ihrem Brief nicht bei. — J. Blohm, Wiesbaden: Ihre Annonce kostet M. 1.20. — Dietrich Schmeberg: Exped. d. „Edler fr. Pr.“ in Köln: E. Schilde, Fischer haben 13, Straßburg.

Jacob Senden (Berzmann) früher in Schalle, Victoriastraße, wohnhaft, bitte um schleunige Mittheilung Deiner Adresse. Ein Brief, den ich an Dich abgehandelt hatte, ist retour gekommen. Person, welche Sendens Adresse vielleicht kennen, bitte ich ebenfalls um Benachrichtigung. Meine Adresse ist Heinz. Wimmer in Herlosch, Louisestraße Nr. 12.

Wahlfonds.

Für den 10. sächs. Wahlkreis: „Kur immer muthig vorwärts“ 3,00 von einem Deconomen aus Reinsdorf b. Waldheim; von einem Fabrikanten 2,00.

Für Colporteurs.

Vogel, Verfälschung der Lebensmittel; Engländer, Verächtliche der französischen Arbeiter-Associationen und sonst. Partischriften liefert soliden Colporteurs u. Wiederverkäufern m. höchsten Rabatt i. Rechn. Musterendung gratis. G. Müller, Exportwaaren, Berlin, Poststr. 55. (4b) (F. 41) [1,5]

Empfehle mein Deutsches Hotel zu den billigsten Preisen. Ich habe gute Zimmer, gute Speisen und Getränke ist bestens besorgt. Deutsches Hotel, Leipzig, Poststr. 55.

Brasserie, Café, Restaurant
Streissel
Bal & Hotel
Paris
15 Rue Diderot A 15.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Gäßler in Leipzig.
Redaktion und Expedition Fürberstr. 12. II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Großenhainischen Buchdruckerei in Leipzig.